

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner  
und der Gruppe der PDS**  
**— Drucksache 13/11324 —**

**Ausnutzung von Lohnkostenzuschüssen und Eingliederungshilfen für  
Langzeitarbeitslose durch private Arbeitgeber**

Am 25. Juli 1998 veröffentlichte die „Magdeburger Volksstimme“ ein Interview mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm. Darin warf der Minister den Arbeitgebern vor, trotz staatlicher Hilfen immer noch zu wenig Arbeitslose einzustellen. Die von den Arbeitgebern immer wieder geforderten und inzwischen bereitgestellten Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose blieben „so gut wie ungenutzt“. Weiter sagte der Minister: „Wir zahlen Lohnkostenzuschüsse für schwervermittelbare Arbeitslose. Aber das Geld ist gar nicht abgeholt worden.“ Am 15. Juli 1998 informierte der Bundesminister der Finanzen den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages darüber, daß er in Anträge des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung einzuwilligen gedenke, eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 257 Mio. DM und eine zweite überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 363 Mio. DM bei Kapitel 11 12 Titel 893 01 (Strukturanpassungsmaßnahmen – SAM) des Bundeshaushaltes zu bewilligen.

**Vorbemerkung**

In der Ausgabe der „Magdeburger Volksstimme“ vom 25. Juli 1998 hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, zu Einstellungen durch die Wirtschaft aufgefördert.

Er hat darauf hingewiesen, daß es weder an Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik noch an den Haushaltsmitteln für diese Instrumente mangelt. In der Tat werden einzelne Instrumente ganz besonders stark in Anspruch genommen, wie die überplanmäßigen Ausgaben für Strukturanpassungsmaßnahmen zeigen.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 19. August 1998 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

1. Welche Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von den Arbeitgebern immer wieder gefordert?
2. Welche Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose wurden seitens der Bundesregierung und seitens des Gesetzgebers daraufhin bereitgestellt?

Die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, zu denen auch die besonderen Hilfen für Langzeitarbeitslose gehören, sind gesetzlich im Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) festgelegt. Die darin enthaltenen Eingliederungszuschüsse sind eine Zusammenfassung der verschiedenen Lohnkostenzuschüsse des Arbeitsförderungsgesetzes. Im Gesetzgebungsverfahren sind alle gesellschaftlichen Gruppen, zu denen auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) gehört, beteiligt worden. Diese haben sich u. a. dafür eingesetzt, daß die Eingliederungszuschüsse als unmittelbare Eingliederungshilfe in den ersten Arbeitsmarkt gegenüber anderen arbeitsmarktpolitischen Hilfen gestärkt werden. Auf der Basis eines Vorschlages des Bundes Katholischer Unternehmer wurde der Eingliederungsvertrag entwickelt, der seit dem 1. April 1997 zunächst im Arbeitsförderungsgesetz, seit dem 1. Januar 1998 im SGB III, geregelt ist und der langzeitarbeitslosen oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen soll, indem Kosten für Fehlzeiten durch das Arbeitsamt erstattet werden.

Die Eingliederungshilfen orientieren sich nicht an wirtschaftlichen Interessen des Arbeitgebers, sondern dienen allein der Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt. Lohnkostenzuschüsse erhalten Arbeitgeber für Arbeitnehmer, die ohne diese Leistung nicht oder nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Sie werden gezahlt, um Minderleistungen auszugleichen und Beschäftigungshindernisse abzubauen. Sie sind keine Subventionen an Arbeitgeber.

Das Sonderprogramm der Bundesregierung „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“, aus dem Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen gezahlt werden können, wird nach entsprechenden Grundsätzen durchgeführt. Die Initiative zu dem Programm, dessen Verlängerung die Bundesregierung bis zum Jahre 2001 beschlossen hat, ist Mitte 1989 am „Runden Tisch der sozialen Verantwortung“ zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gemeinsam mit den Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ländern, Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden entstanden. Schon damals wurden die privaten und öffentlichen Arbeitgeber einvernehmlich dazu aufgerufen, Langzeitarbeitslosen bei Einstellungen verstärkt eine Chance zu geben.

3. Wie sieht die Förderung für Langzeitarbeitslose bzw. für Arbeitgeber bei den einzelnen Eingliederungshilfen aus?  
Welche Vorteile und Anreize bestehen nach Auffassung der Bundesregierung speziell für Arbeitgeber?

- a) Langzeitarbeitslose können zunächst in gleicher Weise wie alle Arbeitslosen bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohten die allgemeinen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nutzen,

insbesondere Trainingsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, Mobilitätshilfen, Leistungen im Rahmen der Freien Förderung und Hilfen bei der Arbeitsvermittlung. Auch in Strukturanpassungsmaßnahmen, einschließlich des Lohnkostenzuschusses Ost für Wirtschaftsunternehmen, und mit dem Einstellungszuschuß bei Neugründungen können Langzeitarbeitslose gefördert werden, wenngleich auch diese Instrumente nicht speziell auf Langzeitarbeitslose abzielen.

Folgende Leistungen, sind auf die besonderen Bedürfnisse der Langzeitarbeitslosen ausgerichtet:

1. Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose

Im Rahmen dieses Sonderprogramms des Bundes erhalten Arbeitgeber Lohnkostenzuschüsse, wenn sie Langzeitarbeitslose einstellen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit. Sie beträgt nach einer Arbeitslosigkeit von einem Jahr bis zu 60 % im ersten halben Jahr und 40 % im zweiten halben Jahr nach der Einstellung. Bei ein- bis zweijähriger Arbeitslosigkeit betragen die Fördersätze maximal 70/50 % und bei dreijähriger und längerer Arbeitslosigkeit 80/60 %. Die Förderung kann für höchstens ein Jahr erfolgen. Sie ist verbunden mit einer Nachbeschäftigungspflicht nach Ende der Förderung.

2. Eingliederungszuschüsse nach den §§ 217 ff. SGB III

Nach diesen Rechtsvorschriften können Arbeitgeber u. a. für Langzeitarbeitslose Lohnkostenzuschüsse von anfänglich bis zu 70 % des berücksichtigten Arbeitsentgelts für höchstens 24 Monate, im Falle älterer Langzeitarbeitsloser bis zu 60 Monate, erhalten. Die Förderhöhe nimmt bei längerer Förderung im Zeitverlauf ab um sicherzustellen, daß lediglich die Minderleistungen des Arbeitnehmers ausgeglichen werden. Es können nur Arbeitnehmer gefördert werden, die ohne diese Leistungen nicht oder nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Die Förderung ist verbunden mit einer Nachbeschäftigungspflicht für den Zeitraum der Förderung, längstens jedoch ein Jahr. Vergleichbare Instrumente nach dem Arbeitsförderungsgesetz waren die Eingliederungsbeihilfe und die Zuschüsse zu den Lohnkosten älterer Langzeitarbeitsloser.

3. Eingliederungsvertrag nach § 229 SGB III

Langzeitarbeitslosen und anderen schwer Vermittelbaren soll die Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch Übernahme des finanziellen Risikos des Arbeitgebers für Zeiten ohne Arbeitsleistung erleichtert werden. Ein Eingliederungsvertrag kann für die Dauer von höchstens sechs Monaten abgeschlossen werden.

Auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind besonders für Langzeitarbeitslose vorgesehen, hier allerdings nicht Gegenstand der Fragestellung.

- b) Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung werden unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Spar-

samkeit nur dann gewährt, wenn die Förderung erforderlich ist, und nur insoweit, wie unter Berücksichtigung der Förderungsbedürftigkeit mit einem Eingliederungserfolg zu rechnen ist (vgl. § 7 SGB III). Dabei sollen die besonders förderungsbedürftigen Personengruppen, insbesondere auch Langzeitarbeitslose, angemessen vertreten sein (§ 7 Abs. 3 SGB III). Ziel ist es nicht, Arbeitgebern Vorteile zu verschaffen, sondern eine am stärksten betroffene Problemgruppe – die Langzeitarbeitslosen – in möglichst dauerhafte Beschäftigung zu bringen. Ein Anreiz, einen langzeitarbeitslosen Arbeitnehmer durch einen privaten Arbeitgeber einzustellen, kann durch die aktive Arbeitsmarktpolitik nur dadurch ausgeübt werden, daß zu erwartende Minderleistungen ausgeglichen werden. So wird das Risiko des Arbeitgebers, das sonst mit einer Einstellung verbunden wäre, teilweise abgemildert.

4. In welchem Umfang werden jeweils diese einzelnen Eingliederungshilfen seit ihrer Einführung monatlich in Anspruch genommen (bitte auch getrennt für Bundesgebiet Ost und Bundesgebiet West)?

Die monatliche bzw. quartalsweise Inanspruchnahme der Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (Sonderprogramm des Bundes), der Lohnkostenzuschüsse für Ältere (AFG), der Eingliederungsbeihilfe (AFG), der Eingliederungsverträge und der Eingliederungszuschüsse (SGB III) mit Untergliederung West/Ost ist den Tabellen in den Anlagen 1 bis 4 zu entnehmen. Hierbei wurde aus arbeitsökonomischen Gründen der Zeitraum seit 1990, dem Jahr der Vereinigung, gewählt.

5. In welchem Umfang werden nach Kenntnis der Bundesregierung diese Eingliederungshilfen jeweils genutzt
  - a) von kommunalen Arbeitgebern,
  - b) von gemeinnützigen privaten Arbeitgebern wie Wohlfahrtsverbänden und Beschäftigungsgesellschaften,
  - c) von privaten gewerblichen Arbeitgebern,
  - d) sonstigen Arbeitgebern (bitte nach Möglichkeit monatlich und auch getrennt nach Bundesgebieten)?

Die erfragten Daten werden in dieser Tiefengliederung statistisch nicht erfaßt.

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das bereitliegende Geld für Lohnkostenzuschüsse „gar nicht abgeholt worden“ ist bzw. die Eingliederungshilfen „so gut wie ungenutzt“ bleiben?  
Wenn ja, worin sieht die Bundesregierung bei den einzelnen Maßnahmen jeweils die Gründe für die mangelnde Ausnutzung?  
Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hält es auch weiterhin für erforderlich, an die Arbeitgeber den dringenden Appell zu richten, die angebotenen Hilfen insbesondere auch zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen verstärkt zu nutzen. Es geht vor allem auch darum, den Arbeitgebern bewußt zu machen, daß

sie unter Umständen mit einer Hilfestellung der Arbeitsmarktpolitik rechnen können, wenn sie zur Einstellung eines Langzeitarbeitslosen bereit sind. Die Notwendigkeit von Appellen zur Inanspruchnahme der Angebote ist ein Beleg dafür, daß keineswegs Geschenke an Arbeitgeber verteilt werden, sondern in der Tat lediglich Einstellungshemmnisse abgebaut und Minderleistungen ausgeglichen werden.

Dabei ist es naheliegend, daß in den neuen Ländern in erster Linie die eigens für sie entwickelten besonderen Instrumente des Lohnkostenzuschusses Ost und der Strukturanpassungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden (siehe Antwort zu Frage 7). So kommt es bei anderen Lohnkostenzuschüssen teilweise zu geringeren Ausschöpfungsraten.

Insbesondere das Sonderprogramm „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ und der Eingliederungsvertrag könnten von den Arbeitgebern stärker zur Einstellung von langzeitarbeitslosen Arbeitnehmern genutzt werden.

7. Wie entwickelten sich seit ihrer Einführung die Förderzahlen bei den Strukturanpassungsmaßnahmen (§§ 272 ff. SGB III) und bei den Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für die gewerbliche Wirtschaft (SAM OfW) (bitte aufgeschlüsselt nach Monaten und für Bundesgebiet Ost/West)?

Die Teilnehmerzahlen der Strukturanpassungsmaßnahmen nach dem SGB III ergeben sich aus den Tabellen in den Anlagen 5 und 6.

8. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, daß es sich bei den SAM OfW um zusätzliche Stellen handelt?  
Welche Sicherungen gegen Mitnahmeeffekte finden bei der Bewilligung Anwendung?

Die Zusätzlichkeit der im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW) geförderten Einstellungen ist gesetzliche Förderungsvoraussetzung: Förderungsfähig sind die zusätzlichen Einstellungen arbeitsloser Arbeitnehmer u. a. nur dann, „... wenn der Arbeitgeber in einem Zeitraum von mindestens sechs Monaten vor der Förderung die Zahl der in dem Betrieb bereits beschäftigten Arbeitnehmer nicht verringert hat und während der Dauer der Zuweisung nicht verringert“.

Die Beobachtung von Personalstandsbewegungen bei den geförderten Arbeitgebern durch die Arbeitsämter dient der Sicherung der Erfüllung des Zusätzlichkeitskriteriums.

9. Wie erklärt sich nach Auffassung der Bundesregierung, daß die Zahl der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland bisher weiter gesunken ist, während die Zahl der Bewilligungen für SAM OfW ständig gestiegen sind?

Die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland steigt seit Februar 1998 kontinuierlich, und zwar von 5 879 Millionen im Februar auf

6 Millionen im Mai. Obwohl keine Parallelentwicklung zwischen der Förderung mit einem arbeitsmarktpolitischen Instrument und der Entwicklung der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen erwartet werden kann, da die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl von einer Vielzahl von Einflußfaktoren abhängt, zeigt dieser Befund der letzten Monate doch einen beachtlichen Gleichklang mit SAM OfW.

10. Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung ausschlaggebend für die gute Ausnutzung der SAM OfW, während gleichzeitig andere Lohnkostenzuschüsse und Eingliederungshilfen wenig ausgenutzt werden?

Die Attraktivität der SAM OfW-Förderung, insbesondere der pauschale Lohnkostenzuschuß und das vergleichsweise einfache Antragsverfahren sowie der hohe Bekanntheitsgrad, dürften wesentlich dazu beigetragen haben, Vorbehalte der Arbeitgeber hinsichtlich einer Personalausweitung zu überwinden und damit eine hohe Inanspruchnahme der Förderung zu erreichen. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

11. Welche Schlußfolgerungen für zukünftige Regelungen bei den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose sind aus den bisherigen Erfahrungen nach Auffassung der Bundesregierung zu ziehen?  
Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die einzelnen Fördermaßnahmen quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln?

Die verschiedenen Eingliederungshilfen des Arbeitsförderungsgesetzes sind erst mit dem SGB III neu gestaltet bzw. erweitert worden. „Schlußfolgerungen für künftige Regelungen“ – oder für Weiterentwicklungen – sind daher jetzt nicht zu ziehen.

12. Worin liegen nach Auffassung der Bundesregierung die Vorzüge des von ihr geplanten „Kombi-Lohn-Modells“ gegenüber den bisherigen Eingliederungshilfen und Lohnkostenzuschüssen?

Gegenwärtig wird geprüft, ob durch eine Kombination von Sozialleistung und Arbeitseinkommen neue Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor erschlossen werden können, um Arbeitslosenhilfebeziehern auch hierdurch die Wiedereingliederung in reguläre Beschäftigung zu ermöglichen. Ein Kombilohn wäre für andere Fallgestaltungen bestimmt, als es Eingliederungshilfen bzw. Lohnkostenzuschüsse sind. Er würde das arbeitsmarktpolitische Leistungsspektrum insgesamt ergänzen, allerdings nicht im Einzelfall als Doppelförderung in Betracht kommen.

## Anlage 1/1

Bewilligte Leistungen  
Lohnkostenzuschüsse für Ältere (LKZ)  
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (Bhi)  
1990 bis 1997

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
BGW Bundesgebiet West	Januar 1990	281	183			2 653	61
BGW Bundesgebiet West	Februar 1990	343	215			2 719	93
BGW Bundesgebiet West	März 1990	473	312			3 347	6
BGW Bundesgebiet West	April 1990	454	298			2 960	99
BGW Bundesgebiet West	Mai 1990	442	353			3 008	29
BGW Bundesgebiet West	Juni 1990	488	325			2 668	69
BGW Bundesgebiet West	Juli 1990	461	370			3 269	63
BGW Bundesgebiet West	August 1990	456	403			2 703	62
BGW Bundesgebiet West	September 1990	401	326			2 358	65
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1990	437	442			2 663	32
BGW Bundesgebiet West	November 1990	510	492			2 609	27
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1990	446	401			1 839	19
BGW Bundesgebiet West	Januar 1991	404	375			2 036	96
BGW Bundesgebiet West	Februar 1991	431	390			2 333	25
BGW Bundesgebiet West	März 1991	470	488			2 091	75
BGW Bundesgebiet West	April 1991	501	490			2 381	37
BGW Bundesgebiet West	Mai 1991	485	456			1 867	43
BGW Bundesgebiet West	Juni 1991	526	534			2 309	46
BGW Bundesgebiet West	Juli 1991	650	545			2 477	85
BGW Bundesgebiet West	August 1991	470	468			1 864	42
BGW Bundesgebiet West	September 1991	416	448			1 945	42
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1991	478	502			1 943	52
BGW Bundesgebiet West	November 1991	491	539			2 055	63
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1991	440	434			1 435	40
BGW Bundesgebiet West	Januar 1992	392	497			1 713	23
BGW Bundesgebiet West	Februar 1992	444	452			1 717	97
BGW Bundesgebiet West	März 1992	471	461			2 011	58
BGW Bundesgebiet West	April 1992	402	403			1 793	67
BGW Bundesgebiet West	Mai 1992	324	283			1 433	20
BGW Bundesgebiet West	Juni 1992	280	299			1 740	45
BGW Bundesgebiet West	Juli 1992	278	219			1 710	36
BGW Bundesgebiet West	August 1992	314	277			1 344	22
BGW Bundesgebiet West	September 1992	234	187			1 565	88
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1992	207	138			1 473	103
BGW Bundesgebiet West	November 1992	123	143			1 297	143
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1992	181	137			1 380	231
BGW Bundesgebiet West	Januar 1993	38	23			292	90
BGW Bundesgebiet West	Februar 1993	144	57			79	134
BGW Bundesgebiet West	März 1993	190	52			85	130
BGW Bundesgebiet West	April 1993	87	37			773	172
BGW Bundesgebiet West	Mai 1993	179	48			1 370	272
BGW Bundesgebiet West	Juni 1993	214	80			522	151
BGW Bundesgebiet West	Juli 1993	206	42			437	144
BGW Bundesgebiet West	August 1993	198	40			406	321
BGW Bundesgebiet West	September 1993	225	48			427	171
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1993	292	60			540	153
BGW Bundesgebiet West	November 1993	349	93			895	199
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1993	437	113			957	396
BGW Bundesgebiet West	Januar 1994	71	23			111	36
BGW Bundesgebiet West	Februar 1994	163	52			41	7
BGW Bundesgebiet West	März 1994	266	49			770	6
BGW Bundesgebiet West	April 1994	277	86			731	2
BGW Bundesgebiet West	Mai 1994	294	91			1 065	3
BGW Bundesgebiet West	Juni 1994	393	88			961	
BGW Bundesgebiet West	Juli 1994	345	83			831	
BGW Bundesgebiet West	August 1994	426	98			464	
BGW Bundesgebiet West	September 1994	381	105			437	
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1994	542	123			294	
BGW Bundesgebiet West	November 1994	512	153			412	

noch: Anlage 1/1

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1994	666	176			393	
BGW Bundesgebiet West	Januar 1995	335	102	338	475		
BGW Bundesgebiet West	Februar 1995	449	153	468	651		
BGW Bundesgebiet West	März 1995	620	159	456	629	249	
BGW Bundesgebiet West	April 1995	548	171	347	490	1 505	
BGW Bundesgebiet West	Mai 1995	615	189	407	513	3 015	
BGW Bundesgebiet West	Juni 1995	666	242	477	659	3 988	
BGW Bundesgebiet West	Juli 1995	630	293	490	611	4 426	
BGW Bundesgebiet West	August 1995	625	351	813	694	4 379	
BGW Bundesgebiet West	September 1995	555	337	560	688	3 133	
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1995	629	403	799	922	3 273	
BGW Bundesgebiet West	November 1995	651	374	758	832	4 803	
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1995	448	364	529	562	2 844	
BGW Bundesgebiet West	Januar 1996	449	340	443	497	1 790	
BGW Bundesgebiet West	Februar 1996	494	320	578	569	2 961	
BGW Bundesgebiet West	März 1996	488	383	838	643	3 278	
BGW Bundesgebiet West	April 1996	541	370	567	478	2 161	
BGW Bundesgebiet West	Mai 1996	515	414	592	600	1 866	
BGW Bundesgebiet West	Juni 1996	662	406	756	723	1 518	
BGW Bundesgebiet West	Juli 1996	550	378	721	729	963	
BGW Bundesgebiet West	August 1996	446	321	653	881	627	
BGW Bundesgebiet West	September 1996	498	316	677	712	685	
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1996	500	311	735	817	930	
BGW Bundesgebiet West	November 1996	552	322	786	786	1 445	
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1996	488	244	599	632	1 537	
BGW Bundesgebiet West	Januar 1997	363	174	492	510	730	
BGW Bundesgebiet West	Februar 1997	493	221	841	662	1 795	
BGW Bundesgebiet West	März 1997	477	224	693	646	2 467	
BGW Bundesgebiet West	April 1997	574	202	836	750	2 762	
BGW Bundesgebiet West	Mai 1997	425	188	693	601	2 737	
BGW Bundesgebiet West	Juni 1997	502	215	813	720	3 806	
BGW Bundesgebiet West	Juli 1997	680	245	939	888	3 920	
BGW Bundesgebiet West	August 1997	477	220	662	611	3 945	
BGW Bundesgebiet West	September 1997	542	229	727	668	3 854	
BGW Bundesgebiet West	Oktober 1997	519	189	863	735	4 009	
BGW Bundesgebiet West	November 1997	554	201	903	821	4 414	
BGW Bundesgebiet West	Dezember 1997	765	295	910	827	3 267	
BGW Bundesgebiet West	Januar 1998					2 541	
BGW Bundesgebiet West	Februar 1998					4 316	
BGW Bundesgebiet West	März 1998					4 454	
BGW Bundesgebiet West	April 1998					3 537	
BGW Bundesgebiet West	Mai 1998					3 942	
BGW Bundesgebiet West	Juni 1998					4 934	
BGW Bundesgebiet West	Juli 1998					5 171	

LKZ I: Regelförderung nach § 97 Abs. 2 AFG.

LKZ II: Besondere Förderung nach § 97 Abs. 4 AFG (bis 8 Jahre).

BHI: Sonderprogramm des Bundes „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“.

BHI-Modell: Zeitlich begrenzte Möglichkeit zu Modellversuchen.



## Anlage 1/2

Bewilligte Leistungen  
Lohnkostenzuschüsse für Ältere (LKZ)  
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (Bhi)  
1990 bis 1997

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1992	206	29			865	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1992	261	80			1 015	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1992	217	75			1 221	
BGO Bundesgebiet Ost	August 1992	173	66			1 057	
BGO Bundesgebiet Ost	September 1992	324	104			1 271	
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1992	287	130			1 133	54
BGO Bundesgebiet Ost	November 1992	258	130			614	97
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1992	405	132			1 101	129
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1993	86	42			432	164
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1993	107	30			68	152
BGO Bundesgebiet Ost	März 1993	106	26			43	128
BGO Bundesgebiet Ost	April 1993	21	6			555	122
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1993	175	32			839	80
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1993	257	33			923	76
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1993	314	33			506	61
BGO Bundesgebiet Ost	August 1993	70	19			214	44
BGO Bundesgebiet Ost	September 1993	133	43			1 273	39
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1993	495	143			726	18
BGO Bundesgebiet Ost	November 1993	392	89			2 067	45
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1993	209	59			1 099	193
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1994	33	13			111	75
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1994	95	21			66	3
BGO Bundesgebiet Ost	März 1994	132	39			503	9
BGO Bundesgebiet Ost	April 1994	211	63			524	1
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1994	278	45			674	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1994	311	68			934	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1994	334	79			569	
BGO Bundesgebiet Ost	August 1994	458	77			507	12
BGO Bundesgebiet Ost	September 1994	683	133			370	
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1994	724	176			333	
BGO Bundesgebiet Ost	November 1994	937	188			503	
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1994	1 051	225			451	
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1995	195	84	156	29		
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1995	827	147	423	73		
BGO Bundesgebiet Ost	März 1995	701	142	362	77	153	
BGO Bundesgebiet Ost	April 1995	576	116	219	61	894	
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1995	872	137	380	80	2 566	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1995	790	235	315	85	2 747	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1995	698	225	310	74	3 015	
BGO Bundesgebiet Ost	August 1995	816	272	498	120	2 888	
BGO Bundesgebiet Ost	September 1995	872	183	403	121	2 439	
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1995	819	243	568	148	2 007	
BGO Bundesgebiet Ost	November 1995	824	315	789	185	4 317	
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1995	628	217	711	216	2 233	
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1996	302	76	347	119	994	
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1996	812	166	568	258	1 995	
BGO Bundesgebiet Ost	März 1996	558	206	660	265	1 917	
BGO Bundesgebiet Ost	April 1996	611	174	504	145	726	
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1996	645	170	589	140	575	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1996	689	164	666	141	420	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1996	671	167	680	202	349	
BGO Bundesgebiet Ost	August 1996	539	141	715	225	270	
BGO Bundesgebiet Ost	September 1996	570	161	763	325	337	
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1996	565	148	769	354	504	
BGO Bundesgebiet Ost	November 1996	668	143	973	420	753	
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1996	507	139	826	437	1 094	
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1997	276	41	370	166	321	
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1997	444	100	704	240	807	
BGO Bundesgebiet Ost	März 1997	474	88	696	251	1 056	
BGO Bundesgebiet Ost	April 1997	499	82	769	320	1 526	

noch: Anlage 1/2

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1997	507	94	726	245	1 241	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1997	414	59	851	302	1 890	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1997	410	71	774	265	1 323	
BGO Bundesgebiet Ost	August 1997	244	78	797	261	1 175	
BGO Bundesgebiet Ost	September 1997	407	74	775	321	1 383	
BGO Bundesgebiet Ost	Oktober 1997	386	87	722	356	1 221	
BGO Bundesgebiet Ost	November 1997	304	110	867	301	1 568	
BGO Bundesgebiet Ost	Dezember 1997	414	101	844	337	1 451	
BGO Bundesgebiet Ost	Januar 1998					962	
BGO Bundesgebiet Ost	Februar 1998					1 257	
BGO Bundesgebiet Ost	März 1998					1 449	
BGO Bundesgebiet Ost	April 1998					1 417	
BGO Bundesgebiet Ost	Mai 1998					1 698	
BGO Bundesgebiet Ost	Juni 1998					1 818	
BGO Bundesgebiet Ost	Juli 1998					2 128	

## Anlage 1/3

Bewilligte Leistungen  
Lohnkostenzuschüsse für Ältere (LKZ)  
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (Bhi)  
1990 bis 1997

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1990	281	183			2 653	61
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1990	343	215			2 719	93
D Bundesrep. Deutschland	März 1990	473	312			3 347	6
D Bundesrep. Deutschland	April 1990	454	298			2 960	99
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1990	442	353			3 008	29
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1990	488	325			2 668	89
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1990	461	370			3 269	63
D Bundesrep. Deutschland	August 1990	456	403			2 703	52
D Bundesrep. Deutschland	September 1990	401	326			2 359	65
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1990	437	442			2 663	32
D Bundesrep. Deutschland	November 1990	510	492			2 609	27
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1990	448	401			1 839	19
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1991	404	375			2 036	96
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1991	431	390			2 333	25
D Bundesrep. Deutschland	März 1991	470	488			2 091	75
D Bundesrep. Deutschland	April 1991	501	490			2 381	37
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1991	485	458			1 867	43
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1991	526	534			2 309	46
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1991	650	545			2 477	65
D Bundesrep. Deutschland	August 1991	470	488			1 864	42
D Bundesrep. Deutschland	September 1991	416	448			1 945	42
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1991	478	502			1 943	52
D Bundesrep. Deutschland	November 1991	491	539			2 055	63
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1991	440	434			1 435	40
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1992	479	513			1 938	23
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1992	515	488			2 077	97
D Bundesrep. Deutschland	März 1992	597	479			2 514	58
D Bundesrep. Deutschland	April 1992	571	431			2 430	67
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1992	530	312			2 298	20
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1992	541	319			2 755	45
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1992	495	294			2 931	36
D Bundesrep. Deutschland	August 1992	487	343			2 401	22
D Bundesrep. Deutschland	September 1992	558	291			2 836	88
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1992	494	268			2 606	157
D Bundesrep. Deutschland	November 1992	381	273			1 911	240
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1992	586	269			2 481	360
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1993	122	65			724	254
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1993	251	87			147	286
D Bundesrep. Deutschland	März 1993	296	78			128	258
D Bundesrep. Deutschland	April 1993	108	43			1 328	294
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1993	354	80			2 209	352
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1993	471	93			1 445	227
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1993	520	75			943	205
D Bundesrep. Deutschland	August 1993	268	59			620	365
D Bundesrep. Deutschland	September 1993	358	91			1 700	210
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1993	787	203			1 266	171
D Bundesrep. Deutschland	November 1993	741	182			2 762	244
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1993	646	172			2 056	589
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1994	104	36			222	111
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1994	258	73			107	10
D Bundesrep. Deutschland	März 1994	398	88			1 273	15
D Bundesrep. Deutschland	April 1994	488	149			1 255	3
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1994	572	136			1 739	3
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1994	704	156			1 895	
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1994	679	162			1 400	
D Bundesrep. Deutschland	August 1994	684	175			971	12
D Bundesrep. Deutschland	September 1994	1 064	238			807	
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1994	1 268	299			627	
D Bundesrep. Deutschland	November 1994	1 449	341			915	4

noch: Anlage 1/3

Region	Monat	Bewilligte Leistungen					
		LKZ I	LKZ II	Weiterbe- willigun- gen LKZ I	Weiterbe- willigun- gen LKZ II	BHI	BHI- Modell
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1994	1 717	401			844	
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1995	530	166	494	504		
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1995	1 076	300	891	724		
D Bundesrep. Deutschland	März 1995	1 321	301	818	706	402	
D Bundesrep. Deutschland	April 1995	1 124	287	566	551	2 399	
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1995	1 487	326	787	593	5 581	
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1995	1 456	477	792	744	6 736	
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1995	1 328	518	800	685	7 441	
D Bundesrep. Deutschland	August 1995	1 441	623	1 111	814	7 378	
D Bundesrep. Deutschland	September 1995	1 227	500	963	809	5 572	
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1995	1 448	646	1 367	1 070	5 280	
D Bundesrep. Deutschland	November 1995	1 475	689	1 547	1 017	9 120	
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1995	1 076	581	1 240	778	5 077	
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1996	751	416	790	816	2 784	
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1996	1 108	486	1 146	827	4 956	
D Bundesrep. Deutschland	März 1996	1 048	589	1 298	898	5 195	
D Bundesrep. Deutschland	April 1996	1 152	544	1 071	623	2 887	
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1996	1 160	584	1 181	740	2 441	
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1996	1 351	570	1 422	864	1 938	
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1996	1 221	545	1 401	931	1 312	
D Bundesrep. Deutschland	August 1996	985	462	1 368	906	897	
D Bundesrep. Deutschland	September 1996	1 068	477	1 440	1 037	1 022	
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1996	1 065	459	1 504	1 171	1 434	
D Bundesrep. Deutschland	November 1996	1 220	465	1 759	1 206	2 198	
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1996	993	383	1 425	1 069	2 631	
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1997	639	215	882	678	1 051	
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1997	937	321	1 345	902	2 602	
D Bundesrep. Deutschland	März 1997	951	312	1 389	897	3 523	
D Bundesrep. Deutschland	April 1997	1 073	284	1 605	1 070	4 288	
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1997	932	262	1 419	846	3 978	
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1997	916	274	1 664	1 022	5 696	
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1997	1 090	316	1 713	934	5 243	
D Bundesrep. Deutschland	August 1997	721	298	1 459	872	5 120	
D Bundesrep. Deutschland	September 1997	949	303	1 502	989	5 237	
D Bundesrep. Deutschland	Oktober 1997	905	276	1 585	1 091	5 230	
D Bundesrep. Deutschland	November 1997	858	311	1 770	1 122	5 982	
D Bundesrep. Deutschland	Dezember 1997	1 179	396	1 754	1 164	4 718	
D Bundesrep. Deutschland	Januar 1998					3 503	
D Bundesrep. Deutschland	Februar 1998					5 973	
D Bundesrep. Deutschland	März 1998					5 903	
D Bundesrep. Deutschland	April 1998					4 949	
D Bundesrep. Deutschland	Mai 1998					5 640	
D Bundesrep. Deutschland	Juni 1998					6 752	
D Bundesrep. Deutschland	Juli 1998					7 299	

## Anlage 2/1

Bewilligte Leistungen  
Eingliederungsbeihilfe (EB)  
– jeweils aufgelaufene Bewilligungen bis zum Jahresende –  
nach Quartalen  
1990 bis 1998

Region	Quartalsende	Männer	Frauen
BGW	März 1990	687	298
BGW	Juni 1990	1 687	722
BGW	September 1990	3 014	1 243
BGW	Dezember 1990	4 140	1 677
BGW	März 1991	1 071	480
BGW	Juni 1991	2 181	910
BGW	September 1991	3 351	1 386
BGW	Dezember 1991	4 308	1 835
BGW	März 1992	979	426
BGW	Juni 1992	2 263	971
BGW	September 1992	3 757	1 618
BGW	Dezember 1992	4 768	2 053
BGW	März 1993	634	283
BGW	Juni 1993	1 858	837
BGW	September 1993	2 851	1 274
BGW	Dezember 1993	3 513	1 542
BGW	März 1994	727	316
BGW	Juni 1994	1 704	688
BGW	September 1994	3 225	1 241
BGW	Dezember 1994	5 043	1 878
BGW	März 1995	2 260	1 031
BGW	Juni 1995	3 694	1 598
BGW	September 1995	4 958	2 066
BGW	Dezember 1995	6 208	2 609
BGW	März 1996	944	495
BGW	Juni 1996	3 086	1 478
BGW	September 1996	5 283	2 502
BGW	Dezember 1996	6 600	3 120
BGW	März 1997	813	410
BGW	Juni 1997	1 648	824
BGW	September 1997	2 576	1 171
BGW	Dezember 1997	3 598	1 629
BGW	März 1998	178	82
BGW	Juni 1998	292	141
BGO	März 1990	4	1
BGO	Juni 1990	6	1
BGO	September 1990	9	2
BGO	Dezember 1990	11	4
BGO	März 1991	4	1
BGO	Juni 1991	5	3
BGO	September 1991	8	4
BGO	Dezember 1991	9	4
BGO	März 1992	646	541
BGO	Juni 1992	1 641	1 335
BGO	September 1992	3 221	2 738
BGO	Dezember 1992	4 600	4 122
BGO	März 1993	681	895
BGO	Juni 1993	1 596	2 020
BGO	September 1993	2 280	2 782
BGO	Dezember 1993	3 027	3 578
BGO	März 1994	496	558
BGO	Juni 1994	1 172	1 260
BGO	September 1994	2 000	2 216
BGO	Dezember 1994	3 230	4 027

noch: Anlage 2/1

Region	Quartalsende	Männer	Frauen
BGO	März 1995	1 371	2 363
BGO	Juni 1995	2 217	3 322
BGO	September 1995	2 913	3 855
BGO	Dezember 1995	3 890	4 681
BGO	März 1996	550	515
BGO	Juni 1996	1 493	1 927
BGO	September 1996	2 617	3 659
BGO	Dezember 1996	3 569	4 849
BGO	März 1997	545	627
BGO	Juni 1997	1 131	1 030
BGO	September 1997	1 524	1 273
BGO	Dezember 1997	1 870	1 474
BGO	März 1998	72	68
BGO	Juni 1998	135	115

## Anlage 2/2

Bewilligte Leistungen  
Eingliederungsbeihilfe (EB)  
– jeweils aufgelaufene Bewilligungen bis zum Jahresende –  
nach Quartalen  
1990 bis 1998

Region	Quartalsende	Männer	Frauen
Bundesgebiet insgesamt	März 1990	691	299
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1990	1 693	723
Bundesgebiet insgesamt	September 1990	3 023	1 245
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1990	4 151	1 681
Bundesgebiet insgesamt	März 1991	1 075	481
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1991	2 186	913
Bundesgebiet insgesamt	September 1991	3 359	1 390
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1991	4 317	1 839
Bundesgebiet insgesamt	März 1992	1 625	967
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1992	3 904	2 306
Bundesgebiet insgesamt	September 1992	6 978	4 356
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1992	9 368	6 175
Bundesgebiet insgesamt	März 1993	1 315	1 178
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1993	3 454	2 857
Bundesgebiet insgesamt	September 1993	5 131	4 056
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1993	6 540	5 120
Bundesgebiet insgesamt	März 1994	1 223	874
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1994	2 876	1 948
Bundesgebiet insgesamt	September 1994	5 235	3 457
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1994	8 273	5 905
Bundesgebiet insgesamt	März 1995	3 631	3 394
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1995	5 911	4 920
Bundesgebiet insgesamt	September 1995	7 871	5 921
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1995	10 098	7 290
Bundesgebiet insgesamt	März 1996	1 494	1 010
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1996	4 579	3 405
Bundesgebiet insgesamt	September 1996	7 900	6 161
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1996	10 169	7 969
Bundesgebiet insgesamt	März 1997	1 358	1 037
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1997	2 779	1 854
Bundesgebiet insgesamt	September 1997	4 100	2 444
Bundesgebiet insgesamt	Dezember 1997	5 468	3 103
Bundesgebiet insgesamt	März 1998	250	150
Bundesgebiet insgesamt	Juni 1998	427	256

**Anlage 3**

Eingliederungszuschüsse (EGZ, §§ 217 ff. SGB III)  
 geförderte ehemals langzeitarbeitslose Arbeitnehmer  
 Bestand 1998

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Mai	9 070	4 004	13 074
Juni	11 728	5 575	17 303
Juli	14 593	6 974	21 567

Zahlen für Januar bis April liegen nicht vor.

Nutzung der verschiedenen EGZ  
 geförderte ehemals langzeitarbeitslose Arbeitnehmer  
 Bestand im Juli 1998

	West- deutschland	Ost- deutschland	Deutsch- land
EGZ bei Einarbeitung	643	324	967
EGZ bei erschwerter Vermittlung	6 389	2 217	8 606
EGZ für ältere Arbeitnehmer	7 505	4 426	11 931
EGZ für Berufsrückkehrer	56	7	63
gesamt	14 593	6 974	21 567

**Anlage 4**

Eingliederungsvertrag (EV, §§ 229 ff. SGB III)  
 geförderte ehemals langzeitarbeitslose Arbeitnehmer  
 Bestand 1998

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Mai	260	12	272
Juni	284	15	299
Juli	330	21	351

Zahlen für Januar bis April liegen nicht vor.



Bestand an beschäftigten geförderten Arbeitnehmern nach Art der Maßnahme

Berichtszeit	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer nach Art der Maßnahmen														Ins- gesamt
	Umweltsanierung				Soziale Dienste	Jugend- hilfe	Breiten- sport	Kultur- arbeit	Denkmalpflege		Städtebau		Verbes- serung des Wohn- umfeldes	SAM Ost für Wirt- schafts- unter- nehmen	
	sonstige	im Braun- kohle- bereich	im Chemie- bereich	im Stahl- bereich					Vor- berei- tung <sup>1)</sup>	Durch- führung	Erneue- rung	Denk- mal- schutz			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Männer und Frauen															
Jahresdurchschnitte	.														
1996	3 343	-	-	-	2 176	757	-	-	-	-	-	-	-	-	6 276
1997	4 254	-	-	-	3 098	1 052	-	-	-	-	-	-	-	-	8 404
Monatswerte 1997															
Januar	3 999	-	-	-	2 884	976	-	-	-	-	-	-	-	-	7 859
Februar	4 064	-	-	-	2 908	999	-	-	-	-	-	-	-	-	7 971
März	4 123	-	-	-	2 910	1 003	-	-	-	-	-	-	-	-	8 036
April	4 316	-	-	-	2 909	1 041	-	-	-	-	-	-	-	-	8 266
Mai	4 374	-	-	-	3 043	1 032	-	-	-	-	-	-	-	-	8 449
Juni	4 381	-	-	-	3 012	1 044	-	-	-	-	-	-	-	-	8 437
Juli	4 348	-	-	-	3 070	1 073	-	-	-	-	-	-	-	-	8 491
August	4 312	-	-	-	3 133	1 061	-	-	-	-	-	-	-	-	8 506
September	4 265	-	-	-	3 140	1 087	-	-	-	-	-	-	-	-	8 492
Oktober	4 603	-	-	-	3 279	1 074	-	-	-	-	-	-	-	-	8- 856
November	4 338	-	-	-	3 563	1 152	-	-	-	-	-	-	-	-	9 053
Dezember	3 973	-	-	-	3 731	1 205	-	-	-	-	-	-	-	-	8 909
Monatswerte 1998															
Januar	2 939	-	-	-	3 249	1 044	-	-	-	-	-	-	-	-	7 232
Februar	3 207	-	-	-	3 579	1 145	-	-	-	-	-	-	-	-	7 931
März	3 276	-	-	-	3 792	1 116	-	-	-	-	-	-	-	-	8 184
April	4 024	26	42	40	4 006	1 307	23	198	6	1	1	1	58	1 985	10 828
Mai	4 330	1	4	13	4 210	1 300	21	172	6	1	0	1	54	1 449	11 562
Juni	4 390		3	7	4 199	1 327	16	154	6	1		1	48	1 900	12 052
August	4 624		3	6	4 161	1 394	18	151	6	1		2	61	2 303	12 730
September															
Oktober															
November															
Dezember															

**Strukturanpassungsmaßnahmen**  
**Anlage 5/2**
**Bestand an beschäftigten geförderten Arbeitnehmern nach Art der Maßnahme**

Berichtszeit	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer nach Art der Maßnahmen														Ins- gesamt
	Umweltsanierung				Soziale Dienste	Jugend- hilfe	Breiten- sport	Kultur- arbeit	Denkmalpflege		Städtebau		Verbes- serung des Wohn- umfeldes	SAM Ost für Wirt- schafts- unter- nehmen	
	sonstige	im Braun- kohle- bereich	im Chemie- bereich	im Stahl- bereich					Vor- berei- tung <sup>1)</sup>	Durch- führung	Erneue- rung	Denk- mal- schutz			
Männer und Frauen															
Jahresdurchschnitte															
1994	36 898	16 456	12 633	4 109	11 437	6 140	—	—	—	—	—	—	—	—	87 680
1995	50 601	16 974	11 678	3 778	14 196	7 670	308	681	394	—	—	—	—	—	106 478
1996	39 500	12 115	6 862	1 554	13 418	7 431	985	3 171	1 206	—	—	—	—	—	86 242
1997	30 547	7 280	2 444	624	10 259	5 233	1 411	4 147	18 137*	×	×	×	×	×	80 082
Monatswerte 1997															
Januar	27 204	5 186	2 358	607	10 289	5 488	1 282	3 555	1 404	—	—	—	—	—	57 373
Februar	28 722	7 103	2 578	704	10 494	5 560	1 284	3 613	1 334	—	—	—	—	—	61 392
März	29 697	7 813	2 901	737	10 644	5 550	1 295	3 718	1 459	—	—	—	—	—	63 814
April	31 008	7 340	2 898	645	10 574	5 505	1 321	3 840	1 508	—	—	—	—	—	64 639
Mai	31 080	7 343	2 940	643	10 467	5 450	1 351	3 898	1 739	—	—	—	—	—	64 911
Juni	31 320	7 358	2 951	627	10 379	5 392	1 373	4 029	4 629	—	—	—	—	—	68 058
Juli	31 100	7 250	2 586	557	9 925	5 141	1 405	4 185	12 922	—	—	—	—	—	75 071
August	31 069	7 247	2 433	555	9 796	4 985	1 500	4 327	23 298	—	—	—	—	—	85 210
September	31 252	7 154	1 903	522	9 665	4 778	1 581	4 511	2 490	17	—	1	89	32 127	96 070
Oktober	30 920	7 132	1 431	525	9 831	4 702	1 580	4 648	1 880	40	129	—	152	43 040	106 016
November	30 484	7 189	1 340	496	10 082	4 766	1 529	4 992	1 950	71	137	48	270	54 055	117 409
Dezember	28 760	7 109	1 487	506	10 181	4 797	1 589	4 992	1 902	64	132	99	408	61 653	123 679
Monatswerte 1990															
Januar	13 176	49	529	105	7 360	3 436	1 133	4 015	1 264	68	272	137	536	65 087	97 167
Februar	14 049	439	733	95	8 083	3 670	1 209	4 313	1 252	85	306	134	592	67 492	102 432
März	14 320	1 363	684	83	8 273	3 740	1 242	4 507	1 248	109	306	134	726	68 871	105 784
April	17 058	3 323	998	175	9 440	4 344	1 558	5 298	1 358	133	289	126	902	100 323	145 325
Mai	18 368	3 506	1 000	177	9 519	4 451	1 685	5 630	1 393	149	139	134	893	114 153	161 197
Juni	19 434	3 724	983	188	9 742	4 508	1 761	5 675	1 413	168	209	113	1 039	126 554	175 507
Juli	19 501	3 920	1 124	208	9 777	4 508	1 694	5 630	1 261	185	250	22	1 021	135 009	184 110
September															
Oktober															
November															
Dezember															

\* ) Denkmalpflege (Vorbereitung) inkl. der Maßnahmenbereiche Denkmalpflege (Durchführung), Städtebau (Erneuerung, Denkmalschutz), Verbesserung des Wohnumfeldes, SAM Ost für Wirtschaftsunternehmen.

## Anlage 6

Monatlicher Teilnehmerbestand in  
Strukturanpassungsmaßnahmen (§§ 272 ff. 415 SGB III)  
seit 1. Januar 1998

Monat <sup>1)</sup>	Bundesgebiet			SAM Ost für Wirtschafts- unternehmen
	insgesamt	Ost	West	
Januar	104 399	97 167	7 232	65 067
Februar	110 363	102 432	7 931	67 492
März	113 968	105 784	8 184	68 879
April	156 153	145 325	10 828	101 418
Mai	172 759	161 197	11 562	115 602
Juni	187 559	175 507	12 052	128 454
Juli	196 840	184 110	12 730	137 312

- 1) Das Arbeitsförderungsinstrument Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) wurde mit dem SGB III ab 1. Januar 1998 eingeführt; damit wird die produktive Arbeitsförderung nach den §§ 242 s, 249 h AFG modifiziert fortgeführt. In der Geschäftsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit wird zwischen Alt- und Neufällen nicht unterschieden. Während im Januar bis März 1998 SAM statistisch noch nicht erfaßt waren, stellen die Daten für April bis Juli 1998 die Summe der Teilnehmerzahlen sowohl der Altfälle nach den §§ 242 s, 249 h als auch die SAM-Neufälle nach den §§ 272 ff, 415 SGB III dar.

